

Europa am Scheideweg

Justitia et Pax Europa: Konzertierte Aktion 2017

Das Projekt eines friedlichen und vereinten Europas steht am Scheideweg. Dies zeigte nicht zuletzt das im Juni 2016 durchgeführte Brexit-Referendum im Vereinigten Königreich, das zu einer Zeit des Zweifels und der Ungewissheit geführt hat. Es muss als alarmierendes Signal einer weit verbreiteten Unzufriedenheit und des Unbehagens gedeutet werden, das überzeugende Antworten verlangt.

Die Europäische Union ist eine Erfolgsgeschichte. Es schien wie ein Wunder, als 1951, dem *annus mirabilis*, – nur sechs Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs mit 50 Millionen Toten und noch mehr Verwundeten – weitblickende Politiker die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) auf der Grundlage der 1950 abgegebenen Schumann-Erklärung schufen. Diese Erklärung war von Vorstellungen inspiriert, die zwischen den beiden Weltkriegen entwickelt worden waren. So wurde ein mutiger und weitsichtiger politischer Prozess der Versöhnung zwischen Ländern in Gang gebracht, die einander in unheilvollen Kriegen bekämpft hatten. Die Gründung von gemeinsamen Institutionen trug zu Frieden und Wohlstand bei.

Seit damals hat sich der Prozess der europäischen Integration selbst unter großen Schwierigkeiten mehr oder weniger schnell fortgesetzt. Die Zahl der Staaten nahm zu und die rechtliche, politische und auch kulturelle Integration von großen Teilen des Kontinents verstärkte sich. Außerdem möchten heute besonders die Länder des Westbalkans der EU beitreten, um in der Region eine Grundlage für stabilen Frieden und Wohlstand zu schaffen.

Auf diesem Weg wurden der Zweck und das Ziel des europäischen Projekts jedoch immer verschwommener. Sinkende Zustimmung in fast allen Mitgliedsstaaten verbunden mit einer Tendenz zur Renationalisierung und eine mehr oder weniger uneingeschränkte Ablehnung der EU durch nationalistische Parteien sind alarmierende Zeichen. Das Ziel eines *“immer engeren Zusammenschlusses”*, wie im Vertrag von Lissabon gefordert, scheint die Herzen und den Geist vieler europäischer Bürger nicht mehr zu inspirieren.

Zum Teil liegt das an der Vorstellung, dass die Europäische Union die kulturelle Diversität nicht respektiert, sondern hauptsächlich als gemeinsamer Markt funktioniert.¹

¹ Vgl. Ansprache von Papst Franziskus zur Verleihung des Karlspreises: “Die Reduktionismen und alle Bestrebungen zur Vereinheitlichung – weit entfernt davon, Wert hervorzubringen – verurteilen unsere Völker zu einer grausamen Armut: jene der Exklusion. Und weit entfernt davon, Größe, Reichtum und Schönheit mit sich zu bringen, ruft die Exklusion Feigheit, Enge und Brutalität hervor. Weit entfernt davon, dem Geist Adel zu verleihen, bringt sie ihm Kleinlichkeit. Die Wurzeln unserer Völker, die Wurzeln Europas festigten sich im Laufe seiner Geschichte. Dabei lernte es, die verschiedensten Kulturen, ohne sichtliche Verbindung untereinander, in immer neuen Synthesen zu integrieren. Die europäische Identität ist und war immer eine dynamische und multikulturelle Identität. (...) Das Gesicht Europas unterscheidet sich nämlich nicht dadurch, dass es sich anderen widersetzt, sondern dass es die Züge verschiedener Kulturen eingepägt trägt und die Schönheit, die aus der Überwindung der Beziehungslosigkeit kommt.“

Den “Prozess der Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas, in der die Entscheidungen entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip möglichst bürgernah getroffen werden, weiterzuführen” und das Bedürfnis “die Solidarität zwischen ihren Völkern unter Achtung ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihrer Traditionen zu stärken” wie es in der Präambel zum Vertrag über die Europäische Union heißt, ist nicht nur für die Staatschefs, die den Vertrag unterzeichnet haben, eine dringliche Aufgabe.

In dieser Situation reicht das politische “muddling through” (“sich Durchwursteln”) - für eine lange Zeit eine ziemlich erfolgreiche Strategie -, nicht mehr aus. Falls das europäische Projekt wiederbelebt werden soll, dann ist eine klare Darstellung seiner herausragenden Vorzüge, kombiniert mit einem europaweiten öffentlichen Diskurs über seine Identität und Zukunft sowie über die Werte, für die es steht, erforderlich.

Europäischer Friede und Wohlstand, erlebt von vergangenen und gegenwärtigen Generationen, sind nicht von uneingeschränkter Dauer. Sie müssen durch ständige Anstrengungen unter wechselnden (geo)politischen Gegebenheiten bewahrt und kreativ verstärkt werden. Der Erfolg des europäischen Projekts liegt im Interesse aller europäischen Bürger und Staaten, ob sie der Europäischen Union angehören oder noch beitreten wollen. Für das Gemeinwohl in Demokratien sind nicht nur Politiker, sondern auch zivilgesellschaftliche Institutionen, Kirchen und jeder einzelne Bürger verantwortlich. Sie alle sind aufgerufen, Wege zur Überwindung des aktuellen Stillstands zu finden und an der Einlösung der ursprünglichen Versprechen zu arbeiten; unter schwierigeren politischen und wirtschaftlichen Bedingungen muss die Europäische Union beweisen, dass sie nicht nur für Schönwetterperioden geschaffen wurde.

Auf der Grundlage dieser Voraussetzungen schlägt die Konferenz der Europäischen *Justitia et Pax* Kommissionen (*Justitia et Pax Europa*) die folgenden zehn Maßnahmen vor:

1. Das offensichtliche Unvermögen, dringende Probleme in einem Geist der Solidarität zu lösen, zeigte sich während der Flüchtlingskrise, die sich im Sommer 2015 verstärkte. Die Schließung der Grenzen zwischen EU-Mitgliedsstaaten offenbarte einen Rückfall in die Renationalisierung und einen Mangel an politischer Entschlossenheit. Das Fehlen einer gemeinsamen Lösung für die Flüchtlingskrise ist eine Herausforderung für alle Europäer; umso mehr, da Migrationsbewegungen ein beständiges Merkmal des Globalisierungsprozesses bleiben werden. **Um das allgemeine Recht auf Asyl zu wahren, muss das gemeinsame Europäische Asylsystem dringend reformiert werden. Unserer Auffassung nach müssen die folgenden Grundsätze respektiert werden: ein uneingeschränktes Recht auf Beantragung von Asyl; das souveräne Recht und die Verpflichtung der Schengen-Staaten auf eine gemeinsame Kontrolle ihrer Außengrenzen; Solidarität bei der Aufteilung der administrativen Kosten; und Bemühungen zu einer menschenwürdigen Aufnahme der Asylbewerber. Außerdem müssen die EU und ihre Mitgliedsstaaten sich auf eine neue Zuwanderungspolitik einigen.** Die Integration von Zuwanderern ist eine Aufgabe für die Mitgliedsstaaten und die Anstrengungen religiöser Gemeinschaften, einschließlich christlicher Kirchen,

Menschen mit unterschiedlichem kulturellen und religiösen Hintergrund in eine neue Umgebung zu integrieren, sollten anerkannt werden.

2. Marktliberalisierung innerhalb des gemeinsamen Marktes stellt kein Ziel an sich dar. Sie mag wirtschaftliches Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern, aber sie kann auch Unsicherheit und Ungleichheit verstärken. Darum muss sie durch adäquate soziale Maßnahmen ergänzt werden, damit diejenigen unterstützt werden, die besonders in Krisenzeiten zu den wirtschaftlich und sozial Schwachen gehören. **Deshalb unterstützen wir den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Einrichtung einer Säule sozialer Rechte, die als Bezugsrahmen für alle Bürger dienen soll. Wir werden den vom Europarat gestarteten "Turin-Prozess" für die Europäische Sozialcharta, an dem Justitia et Pax Europa in Zusammenarbeit mit anderen anerkannten INGOs beteiligt ist, weiterhin unterstützen.**
3. Im Namen ihrer Mitgliedsstaaten verhandelt die Europäische Union zurzeit über mehrere Freihandelsabkommen. Wir erkennen die Notwendigkeit der Einrichtung von bilateralen Handelsbestimmungen, wenn bindende Vereinbarungen innerhalb des multilateralen Rahmens der WTO nicht gesichert werden können. Wir sehen auch die positiven Auswirkungen, die ein auf Regeln gestütztes System für den Handel mit Waren und Dienstleistungen und für die Förderung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen haben kann. Dem steht jedoch gegenüber, dass viele Europäer befürchten, dass abgebaute Handelsschranken ihre Arbeitsplätze bedrohen und ungerechterweise Unternehmen begünstigen, die ihre Waren in Ländern herstellen, in denen die Rechte der Arbeitnehmer nicht oder kaum berücksichtigt werden und in denen Sicherheits- und Umweltnormen kaum eingehalten werden. Außerdem gibt es häufig Vorbehalte bezüglich der Regeln für die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und dem Staat. **Wir schlagen deshalb vor, dass die Europäische Kommission darauf besteht, von ihren Verhandlungspartnern die uneingeschränkte Zusicherung zu erhalten, dass diese Rechte und Normen sowie die Transparenz gerichtlicher Verfahren respektiert werden, damit das Vertrauen in ein auf Regeln beruhendes Handelssystem wieder hergestellt werden kann.**
4. In naher Zukunft wird die Europäische Marktwirtschaft durch die sogenannte digitale Revolution umgestaltet werden. Zurzeit verfolgt die Europäische Kommission einen Plan zur Schaffung eines digitalen Binnenmarktes. Dabei sollten die unterschiedlichen Kenntnisse zum Umgang mit dem Internet in Europa berücksichtigt und angemessene Maßnahmen vorgeschlagen werden. Außerdem wirft die Aussicht auf Digitalisierung und industrielle Robotisierung viele Fragen zur Zukunft der Arbeit auf. **Deshalb schlagen wir vor, dass die Europäische Kommission und die Europäischen Sozialpartner – Gewerkschaften und Unternehmen – eine Europäische Arbeitskonferenz organisieren, um Vorstellungen über Lohnkostenzuschüsse, Entgeltsicherung und Arbeitsplatzbeschaffung zu prüfen.** Betroffene zivilgesellschaftliche Organisationen und Fachleute aus der akademischen Welt könnten zu dieser Konferenz eingeladen werden. Das Europaparlament und die

Mitgliedsstaaten sollten sich mit den Empfehlungen der Europäischen Arbeitskonferenz beschäftigen.

5. Die andauernde Krise der Währungsunion verlangt eine überzeugende Antwort auf die Frage, wie Wirtschaftspolitiken integriert werden können, damit das Vertrauen in dieses zentrale Projekt der Europäischen Union wieder hergestellt werden kann. Grundsätzlich besteht Einigkeit über eine stärkere europäische Überwachung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitglieder des Euro-Währungsgebiets sowie über die Notwendigkeit der Einrichtung einer Art Finanzministerium für die Eurozone und eines eigenen Haushalts. Da dies schwer zu erzielende Veränderungen im Vertrag über die Europäische Union erforderlich macht, **könnte die Aufnahme einer zwischenstaatlichen Vereinbarung innerhalb der Mitglieder der Eurozone über den Entwurf einer Eurozone 2.0, der vor dem Inkrafttreten die Erfüllung von strengen Kriterien bezüglich der Wirtschafts- und Finanzpolitik beinhalten müsste, ein erster Schritt nach vorn sein.** Ein ähnliches Verfahren wurde im Bericht der fünf Präsidenten, veröffentlicht im Juni 2015, vorgeschlagen. Die Vorschriften für die Bankensysteme müssen sicherstellen, dass die finanzielle Stabilität als öffentliches Gut respektiert wird, damit die Banken und Kapitalmärkte zugunsten der Realwirtschaft arbeiten, zur Schaffung von Wohlstand für alle beitragen und nicht nur den Besitzern großer Vermögen dienen. Zur Erreichung dieses Zieles benötigt die europäische Integration die *“Suche nach neuen Wirtschaftsmodellen, die in höherem Maße inklusiv und gerecht sind. Sie sollen nicht darauf ausgerichtet sein, nur einigen wenigen zu dienen, sondern vielmehr dem Wohl jedes Menschen und der Gesellschaft... Ich denke zum Beispiel an die soziale Marktwirtschaft, zu der auch meine Vorgänger ermutigt haben”*², sagte Papst Franziskus im Mai 2016.
6. Ein negativer Aspekt der Globalisierung ist der Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze bei multinationalen Konzernen und sehr reichen Privatpersonen.³ Steuerhinterziehung und Steuerumgehung seitens der großen Unternehmen führen nicht zu einheitlichen Wettbewerbsbedingungen für die Marktteilnehmer. Die Staatseinnahmen werden dadurch gesenkt und die Steuerlast für jeden einzelnen wird erhöht. Mittel für die Bereitstellung öffentlicher Güter und für den Ausbau der Infrastruktur nehmen ab. 2012 lag die Summe der verschobenen Unternehmensgewinne zur Reduzierung der effektiven Besteuerung bei ungefähr € 600 Milliarden. Fast alle EU-Mitgliedsstaaten sind auf dieses globale Karussell aufgestiegen. 2016 erzielte die EU einige Fortschritte bei der Bekämpfung der Steuerflucht. Die Europäische Kommission muss sich jedoch weiterhin darum bemühen, eine effektive Besteuerung der Unternehmen zu garantieren und sie muss sicherstellen, dass alle Formen der staatlichen Hilfe die EU-Vorschriften erfüllen. **Wir**

² Vgl. Ansprache von Papst Franziskus zur Verleihung des Karlspreises am 6. Mai 2016 in Rom, http://en.radiovaticana.va/news/2016/05/06/pope_francis_receives_international_charlemagne_prize/1227869 (13/5/16).

³ Vgl. ‘Konzertierte Aktion Justitia et Pax Europa 2016 “Wachsende wirtschaftliche Ungleichverteilung und Steuergerechtigkeit”, http://www.juspax-eu.org/de-wAssets/docs/concerted_action/2016/2016_JPE_annual_action_Basic_text.pdf.

erwarten und hoffen, dass die EU-Mitgliedsstaaten sich 2017 auf die Schaffung einheitlicher Regeln für die Berechnung der Gewinne von Unternehmen, die sogenannte *Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage*, einigen, die von der Europäischen Kommission im November 2016 erneut vorgelegt wurde. Außerdem halten wir es für dringend erforderlich, das Problem der nicht eingemommenen Mehrwertsteuer, das 2014 in der EU zu einem Verlust von fast € 160 Milliarden führte, anzusprechen. Bezüglich eines anderen aber damit verbundenen Themas hoffen wir weiterhin, dass sich die zehn Mitgliedsstaaten, die sich in einem Verfahren zur verstärkten Zusammenarbeit befinden, endlich auf die Einführung einer Finanztransaktionssteuer einigen und diese zügig umsetzen.

7. In seiner Enzyklika *Laudato si'* ruft Papst Franziskus zu einer 'kulturellen Revolution'⁴ bezüglich unseres Lebensstils und dessen Auswirkungen auf die Umwelt auf. Tatsächlich unterstützen heute viele Europäer den ökologischen Fortschritt. Veränderungen hin zu einem nachhaltigeren Lebensstil finden täglich an der Basis statt. Die Europäische Union und die Regierungen ihrer Mitgliedsstaaten spielten bei der Klimakonferenz in Paris im Dezember 2015 (COP 21) eine wichtige Rolle. Die Umsetzung des Pariser Abkommens bei der UN-Klimakonferenz in Marrakesch im November 2016 war ein weiteres Zeichen der Hoffnung für die Welt und alle Europäer können auf den Beitrag ihrer Verhandlungsführer zu diesem Ergebnis stolz sein. **Um die Anstrengungen für einen nachhaltigeren Lebensstil ihrer Bürger zu untermauern, hoffen wir, dass die EU-Regierungen und das Europäische Parlament 2017 einen überzeugenden Klimakompromiss erzielen, der die Reform des Emissionshandelsplans nach 2020, den Vorschlag zu einer Effort sharing decision (Lastenverteilungsentscheidung) bezüglich der Emissionen aus den Bereichen Transport, Landwirtschaft, Gebäude und Abfallwirtschaft sowie einen Vorschlag bezüglich erneuerbarer Energien und Energiesparmaßnahmen umfasst.** Dann wäre die Europäische Union in der Lage, ihre Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommen zu erfüllen und das Vertrauen der Bürger in ihre Fähigkeit, echte Entscheidungen zu treffen, zu verstärken.
8. Der Respekt der Menschenrechte und die Unterstützung der Entwicklungsländer sind Ecksteine des europäischen Projekts. Es liegt in der Verantwortung der *“Europäischen Union, die Würde der Person zu stützen, sowohl innerhalb Europas als auch in der Beziehung zu den anderen Ländern.”*⁵ Dazu gehören soziale Rechte sowie die Rechte der Schwächsten in Europa und der Welt. **In diesem Zusammenhang unterstützen wir den Gedanken eines Europäischen Externen Investitionsplans, vorgeschlagen vom Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean Claude Juncker, in seiner**

⁴ “Niemand verlangt, in die Zeit der Höhlenmenschen zurückzukehren, es ist aber unerlässlich, einen kleineren Gang einzulegen, um die Wirklichkeit auf andere Weise zu betrachten, die positive und nachhaltigen Fortschritte zu sammeln und zugleich die Werte und die großen Ziele wiederzugewinnen, die durch einen hemmungslosen Größenwahn vernichtet wurden. (114)“

⁵ Vgl. Ansprache von Papst Franziskus an das Europaparlament, https://w2.vatican.va/content/francesco/en/speeches/2014/november/documents/papa-francesco_20141125_strasburgo-parlamento-europeo.html (13/5/16).

Rede zur Lage der Union im September 2016. Mitgliedsstaaten und andere Partner sollten einen Beitrag zu diesem Plan leisten, um die Summe von 88 Milliarden zu erzielen und zur Durchführung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung beizutragen.

9. **Um Europa gegen den Terrorismus zu verteidigen und um zur Verhinderung und Beendigung von bewaffneten Konflikten in der Welt und besonders von inner- und zwischenstaatlichen Konflikten in der geografischen Nachbarschaft beizutragen, muss die Europäische Union ihre gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie ihre “sanfte” Politik (soft policies) hinsichtlich der Friedensförderung verstärken. Ebenso intensiviert werden müssen die Bemühungen um die Abrüstung, die Nichtverbreitung und die Kontrolle von Rüstungsexporten.** Die diesbezüglichen Erwartungen der Bürger sind hoch und die Europäische Union muss ihre “sanfte” Macht (soft power) effektiver einsetzen. Dazu gehören auch die Unterstützung von Initiativen zur Versöhnung sowie der interreligiöse Dialog. Ein besserer Informationsaustausch zwischen den Nachrichtendiensten der Mitgliedsstaaten ist notwendig, und wir bitten sie nachdrücklich darum, ihre Zurückhaltung und ihr Misstrauen, das immer noch ein größeres Hindernis darzustellen scheint, zu überwinden.

10. Den europäischen Institutionen wird häufig der Vorwurf gemacht, sie seien undemokratisch. Diese generelle Kritik ist jedoch unzutreffend. Alle politischen Vertreter der Europäischen Institutionen wurden entweder direkt oder indirekt durch einen demokratischen Prozess gewählt. Auch alle Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten – die eine Schlüsselposition einnehmen – erhalten ihre Befugnisse durch demokratische Wahlen. Jedoch kann und sollte manches verbessert werden. **Deshalb wurde der von einer Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments unterstützte Vorschlag gemacht, mindestens 10 % der Mitglieder des Europäischen Parlaments von länderübergreifenden Kandidatenlisten zu wählen. Beginnen will man damit bei den Wahlen 2019. Wir unterstützen weitere Diskussionen zu diesem Vorschlag.**

Politik ist mehr als die Verfolgung von Eigeninteressen mit strategischen und taktischen Mitteln. In einer sich rasant verändernden Welt ist eine dynamische Neuauslegung der europäischen Rolle und Verantwortlichkeit geboten. Das Motto der Europäischen Union “Einheit in Vielfalt” erfordert ein starkes Engagement für gemeinsame Werte und effektive Handlungen, die auf tiefen moralischen Überzeugungen beruhen. Der Einsatz für das Gemeinwohl, der Respekt vor der Rechtsstaatlichkeit, die Fähigkeit, Kompromisse zu schließen und die Suche nach humanen und realistischen Lösungen bilden eine Grundlage dafür. Besonders wichtig ist dies in einer Gemeinschaft von Staaten, die eng miteinander verbunden sind. Das politische System benötigt auch das Engagement für eine langfristige Vision, die den politischen Alltag lenkt. Solidarität, Gerechtigkeit und die friedliche Lösung von Konflikten sind erforderlich, um die europäischen Institutionen in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Subsidiarität zu stärken. Zu diesem Zweck muss Europa seine Fähigkeiten

zur *“Integration, zum Dialog und dazu, etwas hervorzubringen”*⁶, so wie Papst Franziskus es ausdrückt, steigern. Neue Anstrengungen müssen unternommen werden, um die politischen und kulturellen Fähigkeiten zum Dialog und Austausch zu stärken. Verschiedene historische Erfahrungen spielen eine bedeutende Rolle bei der Selbstwahrnehmung von Menschen und Gesellschaften. Ein besseres gegenseitiges Verständnis dieser Erfahrungen ist dringend geboten. Deshalb fehlt der Europäischen Union keine neue Geschichtserzählung, sondern eine zuverlässige Kultur des Dialogs auf der Grundlage von Zuhören, Solidarität und gegenseitigem Respekt.

Gemeinsam mit den anderen Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie mit allen, die für das Gemeinwohl eintreten, muss die Katholische Kirche in diesem Prozess eine bedeutende Rolle spielen, indem sie die ethischen Grundlagen des europäischen Projekts festigt und die Position einer Vermittlerin übernimmt, die durch den interreligiösen Dialog Koalitionen bildet und Brücken zu anderen Religionsgemeinschaften baut. Sie kann dabei helfen, den europäischen Geist des Friedens durch sorgfältig geplante und klug durchdachte Initiativen zur sozialen und nationalen Integration, die sowohl *“spirituelle”* als auch materielle Bestandteile haben, wiederzubeleben. Außerdem kann sie die Fähigkeit zur Integration, zum Dialog und dazu, etwas hervorzubringen⁷ verstärken, um so die politische und kulturelle Dynamik, die Europa in seiner gegenwärtigen Lage dringend braucht, wieder aufleben zu lassen.

⁶ Vgl. Ansprache von Papst Franziskus zur Verleihung des Karlspreises am 6. Mai 2016 in Rom, http://en.radiovaticana.va/news/2016/05/06/pope_francis_receives_international_charlemagne_prize/1227869 (13/5/16).

⁷ Ibid.